



Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Abonnenten des Newsletters

Berliner Büro

Unter den Linden 71
Raum 337
Telefon 030 227 – 79385
Fax 030 227 – 70385
E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Imponierendes Bürger-Engagement und gute Nachrichten für Familien

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,
liebe Abonnenten des Newsletters,

Nach der Ankündigung Angela Merkels, im Dezember nicht erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren, kehrt im Berliner Politikbetrieb so etwas wie Normalität ein. Selbstverständlich wird auf den Fluren und zwischen den Terminen weiter über die Vor- und Nachteile der jeweiligen Kandidaten diskutiert. Meine grundsätzliche Position habe ich in den letzten BerlInfos ausführlich dargelegt. Die CDU ist die Partei der Mitte. Der Personaldebatte sehe ich entspannt entgegen. Wir haben ein gutes Spitzenpersonal in der CDU. Ich dieser Woche habe ich Friedrich Merz getroffen und die Rede von AKK aufmerksam verfolgt.

Als ich am Montagmorgen zu früher Stunde in den ICE stieg und die aktuellen Medienberichte durchging, stieß ich auf der Homepage der Westfälischen Nachrichten auf einen Artikel, über den ich mich sehr gefreut habe. „[Solidarisch buddelt's sich schneller](#)“ hieß die Überschrift. Inhaltlich ging es um den erfolgreichen Ausbau des Internet-Breitbandnetzes im Außenbereich von Seppenrade. Mir imponiert vor allem das Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger. Für mich ist diese Arbeit ein Vorbild. Das ehrenamtliche Engagement und das Anpacken, genau das macht unsere Region aus und das macht unsere Region stark. Mich motiviert diese positive Nachricht aus dem Wahlkreis, und so habe ich mich mit einer positiven Grundstimmung an die Arbeit in dem politischen Berlin gemacht.



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Steigende Renten, so viel Erwerbstätigkeit wie nie und weitere Entlastungen

Im Deutschen Bundestag wurden am Donnerstag und Freitag einige Gesetze verabschiedet, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land finanziell entlasten. Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und die ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, erhalten weitere sechs Monate Kindererziehungszeit in der Rentenversicherung gutgeschrieben. Zudem haben wir beschlossen, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 nicht unter 48 Prozent sinken kann. Wie der Presse in den vergangenen Wochen zu entnehmen war, werden die Renten im kommenden Jahr wieder um drei bis vier Prozent steigen. Das sind gute Nachrichten für unsere Rentnerinnen und Rentner im Land.

Apropos gute Nachrichten: Nie waren mehr Menschen in Deutschland erwerbstätig als zurzeit. Seit der Wiedervereinigung waren nie weniger Menschen in Deutschland ohne Job. Derzeit suchen noch 2,2 Millionen Menschen eine Beschäftigung. Ich weiß, dass es einige Menschen in unserem Land gibt, die sich trotz guter Konjunktur und einer herausragenden Situation am Arbeitsmarkt schwertun, eine adäquate Beschäftigung zu finden. Für sie haben wir ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument geschaffen. Die Betroffenen erhalten durch Lohnkostenzuschüsse eine neue Chance, eine Beschäftigung und damit Selbstbestimmung und Anerkennung zu finden.

Im kommenden Jahr wird zudem eine Reihe von Verbesserungen zugunsten von Familien mit Kindern greifen. Wir erhöhen das Kindergeld um zehn Euro und heben den Kinderfreibetrag um 192 Euro an. Durch diese und weitere Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unterem und mittlerem Einkommen um insgesamt 9,8 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen für Familien auf fast 35 Milliarden Euro.



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Wir geben den Familien Steuergelder zurück, die der Staat dank guter Konjunktur, dank der guten Arbeit der Beschäftigten und der Unternehmer eingenommen hat.

Die finanziellen Spielräume werden auch dazu genutzt, 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege zu schaffen. Ich hoffe sehr, dass das entsprechende Personal am Arbeitsmarkt zu finden ist. Für weitere Informationen zu den von mir angesprochenen, verabschiedeten Gesetzen und zu weiteren Maßnahmen, die der Bundestag beschlossen oder auf den Weg gebracht hat, finden Sie anbei das [Faktenblatt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#).

Auch in der Innenpolitik haben wir bereits Teile des Koalitionsvertrages umgesetzt. Die Stichwörter sind: Masterplan Migration, Ankerzentren, Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse, Baukindergeld und das Programm Polizei 2020. Für Details dazu verweise ich auf ein [Rundschreiben des Ministers Seehofer](#).

Mit Mut und Optimismus unsere Zukunft gestalten

Dass in den Medien und in der Öffentlichkeit nicht viel über diese politischen Erfolge zu lesen ist, liegt vor allem daran, dass wir in der Bundespolitik nach wie vor zu viel über Politiker debattieren: Statt über Digitalisierung, Diesel, Pflege zu sprechen, diskutieren wir über Maaßen, Merkel und Seehofer. Ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, dass wir die Themen, die die Menschen bewegen, in den Mittelpunkt rücken müssen. Positiv gestimmt, mit einer großen Portion Mut und Optimismus sollten wir auf der Grundlage unserer Werte und Überzeugungen unsere Zukunft gestalten. Den Pessimismus und das Miesmachen sollten wir anderen überlassen.

In Berlin beschäftigte ich mich neben der Wahlkreisarbeit vor allem mit dem Datenschutz. Die Mitteilung von Haus und Grund, einem großen Eigentümerverband, via Bild-Zeitung, dass Namensschilder an Haustüren gegen die Datenschutzgrundverordnung verstoßen, hat mir viel Ärger und noch mehr Arbeit eingebracht.



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Um es vorweg zu sagen: Ich halte diese Rechtsauffassung für Kokoloeres, und die meisten Datenschutzexperten teilen meine Auffassung. In einem Gespräch mit dem Präsidenten von Haus und Grund in meinem Büro habe ich meine Rechtsauffassung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Souveränes Recht, die Migrationspolitik national zu regeln, bleibt geschützt

Apropos klare Meinung: Vor allen in den sozialen Medien wurde in der letzten Woche viel über den Global Compact for Migration (GCM) diskutiert. Dabei handelt es sich um ein politisches Rahmendokument, um eine globale Zusammenarbeit von Herkunfts-, Transit- und Zielländern bei der Steuerung der Migration zu fördern. Der „Vertrag“ ist rechtlich nicht bindend. Es ist eine Art politische Absichtserklärung. Die nationale Souveränität bleibt unberührt. Es gibt auch keine einklagbaren Rechte. Das souveräne Recht, die Migrationspolitik national zu regeln, wird nicht angetastet. Ich betone das so deutlich, da im Internet viele Falschmeldungen herumgeistern.

Zu den Vorteilen und den Zielen des UN-Migrationspakts zählen für mich das Bekenntnis zum Kampf gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel. Den Schleppern muss das Handwerk gelegt werden. Auch die klare Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration findet meine Zustimmung. Deutschland ist auf hochspezialisierte Fachkräfte angewiesen. Diese Frage müssen wir aber dringend und zwingend von der Asyl- und Flüchtlingsfrage trennen.

Bei illegaler Einwanderung besteht laut GCM eine Rückübernahmeverpflichtung. Der GCM bekräftigt die Bedeutung von Rückkehr und Reintegrationspolitik. Ich weise vorsorglich noch einmal darauf hin, dass der „Vertrag“ nicht bindend ist. Folglich ist nicht zu erwarten, dass sich mit dem Pakt die schwierigen Fragen der Rückführungen von jetzt auf gleich in Luft auflösen werden. Aber der GCM bietet eine Gesprächsgrundlage für weitere Verhandlungen mit den Ländern der Vereinten Nation.



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Migration ist ein globales Phänomen. Folglich müssen die Lösungen auch auf dieser Ebene gesucht werden. Ehrenamt und Kommunen haben, was die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge angeht, fast Unmenschliches geleistet.

Als Nationalstaat haben wir unsere Asyl- und Flüchtlingsgesetze mehrmals drastisch verschärft. Auf EU-Ebene haben wir das erfolgreiche EU-Türkei-Abkommen verabschiedet, sodass die Migrationszahlen wieder auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2014 verharren. Für mich zeigt dies eindeutig: Alle staatliche Ebenen müssen bei derartig großen Aufgaben zusammenarbeiten. Nur dann gelingt Politik.

Der GCM nimmt vor allem die Transit- und Herkunftsländer in die Pflicht, in denen Flüchtlinge nicht menschenwürdig behandelt werden. Deutschland erfüllt hier alle Standards und – rechtlich nicht bindende – Vorgaben des GCM. Ziel des GCM ist es, die menschenrechtlichen Standards für die Unterbringung und Versorgung für Migranten weltweit zu erhöhen. Deutschland erfüllt diese Standards bereits. Erhöhen die Herkunfts-, Transit- und Zielländer ihre Standards, sinkt der Migrationsdruck nach Europa. Das ist erklärtes Ziel deutscher Politik.

Die USA, Ungarn, Polen und Österreich werden dem Vertrag nicht zustimmen oder haben erhebliche Bedenken geäußert. Dies nehme ich ernst. Ich gebe zu bedenken, dass in diesen Ländern Politiker an der Macht oder in der Regierung sind, die mit Angst und Populismus Politik machen und damit – zugegebenermaßen – sehr erfolgreich sind. Diesen Ländern und diesen Politikern ist gemein, dass sie die regelbasierte internationale Ordnung ablehnen. Für sie sind Politik und Verhandlungen immer ein Nullsummenspiel: Gewinne ich, verliert der andere. Ich habe dezidiert eine andere Vorstellung von Politik. Dem „Vertrag“ schließen sich mehr als 180 Länder an. Natürlich muss man da Kompromisse eingehen. Unterm Strich nutzt der GCM deutschen Interessen.



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Der GCM war am Donnerstag auch Thema bei einer Debatte im Deutschen Bundestag, die ich aufmerksam verfolgt habe. Ich verweise an dieser Stelle auf die [Rede meines Fraktionskollegen Dr. Stephan Harbarth](#). Treffender hätte man die Diskussion nicht auf den Punkt bringen können. Zudem empfehle ich ein [Rundschreiben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#), das häufig genannte Vorurteile gegen den Pakt ausräumt.

Damit genug für diese Woche. In der kommenden Woche werde ich wieder im Wahlkreis unterwegs sein. Ich freue mich auf die Begegnungen und die Gespräche.

Viele Grüße aus Berlin

